

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Helmut Brandstätter, Mag. Martina Künsberg Sarre, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Förderung der mittel- bis langfristigen Erforschung der psychosozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 76. Sitzung des Nationalrats über die Dringliche Anfrage „Impfen schützt Gesundheit, Arbeitsplätze und Wirtschaft. Beenden Sie Impf-Chaos und Schneckentempo, Herr Gesundheitsminister!“

Die COVID-19-Pandemie und ihre massiven Auswirkungen auf unseren Alltag führen uns die Relevanz von Forschung und Wissenschaft für unsere Gesellschaft eindrücklich vor Augen. Wir erleben derzeit, wie sich ein neuartiges pathogenes Virus in rasantem Tempo international verbreitet, gegen das es zum derzeitigen Stand keine wirksamen medikamentösen Therapien und noch nicht ausreichend Impfstoff gibt. Um noch dramatischere negative Effekte auf die Gesundheit der Bürger_innen zu verhindern, setzen eine Vielzahl an Staaten bereits seit Monaten drastische Maßnahmen, um das Infektionsgeschehen möglichst rasch und nachhaltig einzudämmen - mit einer Wirtschaftskrise, deren tatsächliches Ausmaß sich noch nicht in vollem Umfang abschätzen lässt, als Folge.

Mit Stand Dezember 2020 waren in Österreich rund 521.000 Personen als arbeitslos oder in Schulung registriert, das ergibt einen Anstieg um 113.000 Personen bzw. 27,7 Prozent im Vergleich zum Dezember 2019. Österreichische Schulen und Hochschulen wurden geschlossen, der Unterricht mittels e-Learning in oft verminderter Qualität fortgeführt, Ausgangssperren wurden verhängt und persönliche Kontakte auf ein Mindestmaß reduziert. Diese plötzlichen und teils drastischen Veränderungen der Lebensumstände, die so gut wie jede in Österreich lebende Person betreffen, haben selbstverständlich Folgen für psychische und physische Gesundheit, Ausbildung, Lebensqualität und soziales Gefüge. Hinzu kommt noch die besonders große psychische Belastung für Personen, die zu einer Risikogruppe zählen.

Insbesondere in Krisenzeiten muss evidenzbasiert gehandelt werden. Ausreichende Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) sind daher für uns alle essenziell. Der (finanzielle) Fokus auf die biomedizinische Forschung, der wir mittlerweile zwei COVID-19-Impfstoffe mit einer Notfallzulassung in der EU verdanken, ist selbstverständlich nachvollziehbar und auch wünschenswert. Die Politik muss jedoch dafür Sorge tragen, dass für die Erforschung der psychosozialen Auswirkungen der Pandemie auf die Gesellschaft ebenfalls ausreichende Mittel zur Verfügung stehen.

Die Arbeitsgruppe Gesellschaft/Psychosoziales der COVID-19 Future Operations Plattform ermittelte in einem Strategiepapier jene Themenfelder, in denen künftig weitere evidenzbasierte Aktivitäten gesetzt werden sollten. Insbesondere die Themenbereiche Arbeitswelt, Bildung sowie Lebensqualität und vulnerable Gruppen wurden als besonders interessant identifiziert. Eine Entwicklung einer umfassenden Panelstudie mit diesen Schwerpunktsetzungen und mittel- bzw. langfristigem Zeithorizont wäre wünschenswert, denn Panelstudien dieser Art fehlten in Österreich weitgehend. Um solche Third Mission orientierten Studien mit langfristigem Zeithorizont zu ermöglichen, bedürfe es laut den Autor_innen allerdings einiger Anpassungen im Forschungsförderungssystem.

Bisherige Bestrebungen der Opposition, ausreichende Mittel auch für die Erforschung der gesellschaftlichen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie zur Verfügung zu stellen, wurden von der Bundesregierung ausnahmslos vertagt. Es bleibt zu hoffen, dass der Stellenwert von Forschung inmitten einer Pandemie und Wirtschaftskrise mit dem neuen Bundesminister für Arbeit und renommierten Verhaltensökonom, Dr. Martin Kocher, eine Steigerung erfahren wird.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort, sowie die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Innovation und Technologie, werden aufgefordert, mit den Forschungsförderungseinrichtungen in einen Dialog zu treten und eine ausreichende Finanzierung für die mittel- bis langfristige Erforschung der psychosozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Förderprogramme sollen insbesondere für jene mittel- bis langfristigen Studien geschaffen werden, die sich mit den Auswirkungen der Pandemie auf Arbeitswelt, Bildung und Lebensqualität beschäftigen."



